

KURZ NOTIERT

70 Neuinfektionen und der 272. Todesfall

KREIS DÜREN Das Gesundheitsamt meldet am Freitag 873 Menschen, die mit dem Corona-Virus infiziert sind. Gegenüber dem Vortag hat es 70 Neuinfektionen gegeben. Insgesamt sind seit Ausbruch der Pandemie 12.902 Menschen positiv getestet worden. Die Zahl der Genesenen ist auf 11.757 gestiegen. Eine weitere Infizierte (91 Jahre alt) ist im Zusammenhang mit dem Virus gestorben. Damit hat sich die Gesamtzahl der Todesfälle auf 272 erhöht. Die 873 Infizierten verteilen sich wie folgt – Aldenhoven: 65 (Gesamtzahl aller jemals positiv Getesteten: 895), Düren 364 (5518), Heimbach 4 (169), Hürtgenwald 24 (367), Inden 27 (243), Jülich 130 (1346), Kreuzau 35 (663), Langerwehe 34 (472), Linlich 24 (479), Merzenich 19 (499), Nideggen 27 (448), Niederzier 48 (719), Nörvenich 24 (405), Titz 27 (313), Vettweiß 21 (366).

Mit der Rechtskraft der „Bundesnotbremse“ sind bei den Inzidenzwerten die Angaben maßgeblich, die vom Robert-Koch-Institut (RKI) veröffentlicht werden. Sie unterscheiden sich von denen mancher Kreise und Städte im Zeitpunkt der Erhebung. Diese auch für die weiteren Schutzmaßnahmen maßgeblichen Inzidenzangaben des RKI finden Sie seit einigen Tagen als Grafik auf unserer Titelseite. Deshalb haben wir im Lokalteil zuletzt auf die Inzidenzangaben des Kreises verzichtet, weil sonst zwei verschiedene Werte in einer Ausgabe zu lesen gewesen wären. (red)

KURZ NOTIERT

Zwei Schwerverletzte nach Rollerkollision



NIDEGGEN Bei einem Rollerunfall am Donnerstagabend im Nidegger Stadtteil Wollersheim wurden der Fahrer und seine Sozia schwer verletzt, wie die Polizei berichtet. Der Roller war mit einem geparkten Transporter kollidiert. Gegen 20 Uhr fuhr ein 31-jähriger Mann aus Nideggen mit einem Roller auf der Zehnthofstraße. Hinter ihm saß eine 35-Jährige aus Nideggen. In einer Rechtskurve kam der Roller nach links von der Fahrbahn ab und stieß gegen einen auf dem Gehweg geparkten Transporter. Der Roller fing Feuer und brannte aus. Der Fahrer und die Beifahrerin stürzten und erlitten schwere Verletzungen. Rettungswagen brachten sie zur stationären Behandlung in Krankenhäuser, wo sie zur stationären Behandlung verblieben. Der Fahrer des Rollers verfügt nicht über eine gültige Fahrerlaubnis. Zudem trug das Fahrzeug kein Versicherungskennzeichen und war stillgelegt. Schon in der Vergangenheit war der 31-Jährige durch Fahren ohne Fahrerlaubnis und unter Betäubungsmittelinfluss aufgefallen. Da laut Polizei auch jetzt der Verdacht auf Drogen- und Alkoholkonsum bestand habe, wurde eine Blutprobe entnommen. FOTO: POLIZEI DÜREN

Videotechnik für den Bahnhof in Langerwehe

LANGERWEHE Der Bahnhof der Töppfergemeinde soll für rund 85.000 Euro mit Videotechnik ausgestattet und in Folge dessen sicherer werden. Das teilt die CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Patricia Peill mit. Im Rahmen der ÖPNV-Offensive investiert das Land in die Sicherheit an Bahnhöfen. Mit insgesamt zehn Millionen Euro kann an 100 Stationen in NRW jetzt Videotechnik angebracht werden. Peill: „Ich freue mich sehr, dass wir auch am Bahnhof Langerwehe Videokameras anbringen können, damit alle Reisenden zu jeder Zeit ein sicheres Gefühl und einen guten Aufenthalt haben.“

Große Wasserstoff-Pläne im Kreis Düren

Ein „grüner“ Antrieb für alle Züge der Bördebahn ab Düren und eine Produktionsstätte in Jülich werden vorbereitet

VON GUIDO JANSEN UND PATRICK NOWICKI

KREIS DÜREN Hydrogen-Hub – so nennt sich die gemeinsame Initiative. Dahinter verbirgt sich das Ziel, im noch von Kohle geprägten Rheinischen Revier Technologien mit Wasserstoff zu entwickeln und umzusetzen. Der Kreis Düren gehört dazu und unternimmt nun erste Schritte, die sowohl in Jülich als auch Düren Folgen haben. Dürens Landrat Wolfgang Spelthahn (CDU) macht seit Jahren keinen Hehl daraus, dass er den Kreis zum Vorreiter machen möchte: „Wir wollen zeigen, dass Wasserstoff eine Energiequelle in der Zukunft sein kann, die die fossilen Brennstoffe ersetzt“, sagt er.

Der Kreis hat ohnehin die Klimaneutralität bis 2035 als Ziel ausgerufen, will also ab diesem Zeitpunkt kein klimaschädliches Kohlendioxid mehr produzieren, wie es bei der Braunkohleverstromung entsteht.

Konkret wird die Wasserstoffinitiative aktuell vor allem im Nordkreis, wo das ehemalige Areal der Deutschen Welle zur Herstellung von „grünem“ Wasserstoff genutzt werden soll. Dort ist unter anderem vorgesehen, auch eine Wasserstofftankstelle zu errichten. Die erste soll im Dürener Gewerbegebiet „Im großen Tal“ noch in diesem Jahr eröffnen. Bis Ende Mai will der Kreis auch geklärt haben, wo das Infozentrum zum Thema Wasserstoff stehen soll. Personell sei alles geklärt, meinte Spelthahn.

Die Preise für Busse sinken

Vor allem der ÖPNV im Kreis soll Schritt für Schritt auf regenerative Antriebsarten umgestellt werden. Fünf Elektrobusse fahren schon innerstädtische Kurzstrecken, mit Wasserstoff betriebene Fahrzeuge sollen die überörtlichen Fahrten übernehmen. Fünf Wasserstoffbusse hat der Kreis bestellt, zwei werden nach Aussage Spelthahns im kommenden Januar geliefert. „Da die Technik immer weiter fortschreitet und auch die Preise für die Busse sinken, zeigen auch immer mehr private Unternehmen Interesse“, berichtet der Landrat. Am Dürener Bahnhof soll neben einer Tankstelle eine Werkstatt für Wasserstoffzüge errichtet werden. Das ambitionierte Ziel Spelthahns: „Wir wollen die Börde-



Auf der Rurtalbahn-Strecke Düren-Euskirchen geplant, in Brandenburg schon Realität: Nahverkehrszüge mit Wasserstoff-Brennzellenantrieben.

FOTO: DPA

debahn komplett mit Wasserstoffzügen ausstatten.“ Dies kostet natürlich Geld. Der Kreis setzt dabei auf verschiedene Förderprogramme, auch aus dem Struktur-Stärkungsgesetz für vom Kohleausstieg betroffene Regionen. Schon jetzt zeige sich, dass Wasserstoff wirtschaftlich sei, meint Spelthahn. Im nächsten Schritt wolle man auf ansässige Speditionen zugehen.

Die Wasserstoff-Produktion auf der Merscher Höhe bei Jülich soll auf geschichtsträchtiger Fläche stattfinden, nämlich da, wo sich heute die letzten Reste der Sendeanlage der Deutschen Welle befinden. Übrig sind die Gebäude mit der Sendehalle. Sie sollen weichen, obwohl in Jülich seit Jahren Spekulationen und Ideen sprießen, was mit den Gebäuden passieren kann. Denkmalschutz, Museum, Produktionsstätte – alles war zu hören. „Wir sind die Gebäude mehrfach begangen“, sagte Spelthahn. „Dabei ist herausgekommen, dass der Zustand zu schlecht ist, um sie weiter gewerblich zu nutzen.“

Was den Denkmalschutz angehe, seien die Gebäude seitens des Kreises als nicht schutzwürdig eingestuft worden. Einen Kahlschlag plane der Kreis aber nicht, wie Spelthahn be-

tonte. Ein kleineres Gebäude im hinteren Bereich des Komplexes, das früher das Heizhaus war, könnte erhalten bleiben. „Es gibt Pläne aus Jülich, da eine Art Museum zu errichten. Das können wir uns sehr gut vorstellen“, erklärte Spelthahn. Auch die Bäume, die die Gebäude derzeit umgeben, müssten nicht weichen.

Die Nachfrage nach den Plänen des Kreises Düren, mit Siemens, der RWE-Tochter Generation und dem Gas-Logistik-Unternehmen Messer Group „grünen“ Wasserstoff herzustellen, sei groß, wie Spelthahn erklärte. Schon jetzt sei es vorstellbar, die Produktionsanlage doppelt so groß zu bauen wie ursprünglich geplant. Der Kreis und die Unternehmen gründen eine Gesellschaft, die ab Anfang 2023 die Wasserstoff-Produktion starten will – finanziert mit Fördergeldern.

Voraussetzung für „grün“: Die Energie, die notwendig ist, um Wasser in seine atomaren Bestandteile Wasserstoff und Sauerstoff zu spalten, muss regenerativ sein. Dafür sorgt das Euskirchener Unternehmen F&S Solar. Das installiert neben der Wasserstoff-Produktion eine Photovoltaik-Anlage auf der Merscher Höhe, die aus 18.192 Mo-

dulen besteht und bis zu zehn Megawatt Strom liefern kann.

In der Tat spielt sich aktuell noch viel im Nordkreis ab, aber Spelthahn macht deutlich, dass auch der Südkreis mit den Eifelgemeinden von der Wasserstoffinitiative profitieren. Mehrere Projekte seien geplant – konkret ist allerdings noch keines. Grundsätzlich wird Wasserstoff auch in der Industrie wie in der Papierproduktion ein Thema. „Wenn man bei Unternehmen darüber nachdenkt, auf Gas umzustellen, sollte man doch den Schritt

weitergehen und direkt in Wasserstoff investieren“, meint Spelthahn. Gas sei schließlich auch ein fossiler Brennstoff.

Der Landrat begrüßt, dass sich die Region mit dem Hydrogen-Hub nun gemeinsam aufmache, das Thema nach vorne zu bringen. Am Ende sollen vor allem neue Arbeitsplätze entstehen. Vielleicht auch durch eine große Produktionsstätte für Wasserstofffahrzeuge. Dies zumindest ist Spelthahns Wunsch. Aber zunächst müssen die ersten kleinen Schritte gemacht werden.

VIER KREISE UND EINE GROSSSTADT

Der „Hub“ soll Jobs und Wertschöpfung bringen

Hinter dem Hydrogen-Hub verbergen sich die Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg sowie die Stadt und die Städteregion Aachen. Unterstützt wird der Zusammenschluss von der Industrie- und Handelskammer Aachen. Man habe zum Ziel, Arbeitsplätze und Wertschöpfung in diesem Zukunftsfeld aufzubauen, teilte Michael F. Bayer, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Aachen mit.

Wasserstoff als Energiequelle

spielt in der nahen Zukunft eine wichtige Rolle bei der Bewältigung des Strukturwandels im Rheinischen Revier. Aus den von Land und Bund geschürten Fördertöpfen mit maximal 14,8 Milliarden Euro bis zum Jahr 2038 bedienen sich auch zahlreiche Projekte, die sich mit dem Thema Wasserstoff auseinandersetzen, unter anderem das Helmholtz-Cluster für nachhaltige und infrastrukturkompatible Wasserstoffwirtschaft, das in Jülich entsteht.

Keine Untersuchung gegen den Ex-Kämmerer

Jetzt ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Carsten E. wegen des Verdachts auf Urkundenfälschung. Offene Fragen bleiben.

VON SARAH MARIA BERNERS UND CARSTEN ROSE

HÜRTGENWALD Im Fall um einen womöglich gefälschten Grundstücksvertrag mit der Gemeinde Hürtgenwald ermittelt nun die Staatsanwaltschaft gegen den 2019 wegen Veruntreuung und Betrugs verurteilten Ex-Beamten Carsten E. Dessen ehemaligen Vorgesetzten hat der Bürgermeister nun aus der Schusslinie genommen.

Die Dürener Polizei hat die Ermittlungen nach eigener Aussage nach Aachen übergeben; kurzfristig war am Freitag nach Anfrage jedoch keine Stellungnahme sei-

tens der Staatsanwaltschaft möglich. Bürgermeister Andreas Claßen (parteilos) hatte die Politiker am Donnerstagabend in nicht-öffentlicher Sitzung über seine Recherchen zum Fall Carsten E. informiert. Da es sich um ein laufendes Ermittlungsverfahren handelt, hielt er sich mit Informationen für die Öffentlichkeit bedeckt.

Wie viele und welche Indizien den Verdacht auf die Fälschung begründen, sagte er also nicht. Jedoch bestätigte der Bürgermeister, dass der vorliegende Vertrag formal nicht mit den üblichen Verträgen der Gemeinde übereinstimmt. Und Claßen betonte ausdrücklich: „Ein Mitverschulden anderer ist nicht erkennbar. Die Sache engt sich auf eine Strafanzeige gegen Carsten E. ein.“ Somit rehabilitierte der Bürgermeister den ehemaligen Kämmerer. Claßen wird also keine dienstrechtliche Prüfung einleiten, um die Rolle des 2018 in Rente gegangenen Kämmerers zu untersuchen.

Ist Geld geflossen?

Unklar ist noch, ob tatsächlich Geld an Carsten E. für seine Tätigkeiten auf einem gemeindlichen Grundstück geflossen ist, so wie es in dem Vertrag festgehalten ist. Aufgrund der komplexen Recherche konnte

Claßen am Freitag keine Angaben machen. Die Recherchen umfassen einen Zeitraum von 2019 bis 2006 (ab da galt angeblich eine mündliche Vereinbarung zwischen E. und der Gemeinde) beziehungsweise bis 2012 (da wurde diese Vereinbarung laut Vertrag verschriftlicht).

Nach Einschätzungen von Experten müsste ein gefälschter Vertrag – sofern sich der Anfangsverdacht bestätigt – nicht unbedingt Auswirkungen auf das für Carsten E. bereits festgelegte Strafmaß von viereinhalb Jahren haben. Die mutmaßliche Urkundenfälschung wäre gegebenenfalls nur ein weiterer Punkt auf der Liste mit mehr als 500 Einzeltaten. Von

Relevanz für eine juristische Beurteilung wäre auch entscheidend, zu welchem Zeitpunkt der Vertrag erstellt wurde. War es bereits 2012 (auf dieses Jahr ist der Vertrag datiert, somit wäre eine Straftat verjährt) oder erst im Herbst 2019?

Ortstermin mit Verwaltung

Damals sei der im Rathaus bis dato unbekannt Vertrag nach Anwohnerbeschwerden und einem Ortstermin mit der Verwaltung als Kopie eingereicht worden. Nach Recherchen unsere Zeitung deutet einiges auf die zweite Variante hin. Anschließend scheint das Thema im

Sande verlaufen zu sein. Wie schon im Herbst 2018: Damals hatte die FFH-Fraktion in Folge von Bürgerbeschwerden Anfragen zu der Grundstücksangelegenheit in Gey gestellt.

Die Politik in Hürtgenwald hat viele drängende Baustellen vor der Brust – und hofft, dass das Thema Carsten E. bald endgültig abgeschlossen ist und im Rathaus keine Arbeitsenergie mehr bindet. Unter anderem wollen die Fraktionen Mitte Mai über Neubauprojekte diskutieren. Dabei geht es auch um ein Vorhaben auf dem von Carsten E. genutzten gemeindlichen Grundstück.

ZUM THEMA

457.246,73 Euro stehen noch aus

Nach Angaben der Gemeinde hat die Staatsanwaltschaft gegenüber der Verwaltung angekündigt, dass in Kürze weitere 101.706,71 Euro auf das Konto der Gemeinde überwiesen werden. 124.139,06 Euro hat Carsten E. bereits bezahlt, womit noch 457.246,73 Euro ausstehen. Ob und wann weiteres Geld fließt ist aus Sicht der Verwaltung unklar.



Die Höhengemeinde Hürtgenwald hat viele Herausforderungen zu meistern, mit dem Thema Carsten E. möchte die Politik endlich abschließen und sich voll Themen wie Baulandentwicklung und Haushaltssanierung fokussieren. FOTO: S.M.B.